

20. Ost-West-Europäisches Gedenkstättenreffen Kreisau 29.3.-1.4.2023

Aufstand, Protest und Widerstand – Debatten in Ost- und Westeuropa in der Nachkriegs- und postkommunistischen Zeit

Die Veranstaltung wurde von folgende Organisationen ausgerichtet:

- Stiftung Kreisau für europäische Verständigung, Krzyżowa (Dominik Kretschmann)
- Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft, Berlin (Agnieszka Pustola)
- Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin (Amélie zu Eulenburg)
- Evangelische Akademie zu Berlin (Jacqueline Boysen)
- Zentrum „Erinnerung und Zukunft“, Wrocław (Marek Szajda)

Einführungsvortrag von Dr. Magdalena Saryusz-Wolska „Erinnerung an Proteste im polnischen kulturellen Gedächtnis“ (Deutsches Historisches Institut Warschau)

Magdalena Saryusz-Wolska beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit der Frage, wie die Erinnerung an Protest in all seinen unterschiedlichen Ausformungen Teil des kulturellen Gedächtnisses bzw. zur Geschichte wird. Nach Maurice Halbwachs wird die individuelle Erinnerung im Narrativ gebildet, also im sozialen Rahmen des Individuums. Dr. Saryusz-Wolska unterschied zwei Formen der Prägung im sozialen Rahmen: die Prämedialisierung (nach Richard Grusin) und die Remedialisierung. Bei der Prämedialisierung zeige sich am Beispiel Polens, dass der Schulkanon sehr unflexibel und seit Jahrzehnten nahezu unverändert ist. In Deutschland gäbe es dagegen eine föderale Schulstruktur, die auf einen flexibleren Kanon zurückgreift. Die Remedialisierung beschreibt das Wechselspiel zwischen verschiedenen kulturellen (auch internationalen) Einflüssen. Anhand des Projekts „Remembering Hope: The Cultural Memory of Protest in Europe“ (Ann Rigney) hielt Dr. Saryusz-Wolska fest, dass nicht nur der Protest, sondern auch die Erinnerung an ihn einem begrenzten Repertoire an Mitteln/Strategien folgt. Trotz der Universalität der Protestformen besitzt aber jede Kultur ihre eigene Färbung der Erinnerung. So ist die polnische Protesterinnerung anhand von (meist gewaltsamen) Aufständen fest im Kulturkanon verankert, wobei die Protagonisten vor allem Männer sind. Zum Schluss ging Dr. Saryusz-Wolska noch auf den Begriff Erinnerungsaktivismus ein, hier bezieht sie sich auf die aktive Gestaltung der Erinnerung durch Protest und damit eine Veränderung des kulturellen Gedächtnisses. Denn die Erinnerung selbst ist trotz oder wegen aller sozialen und kulturellen Prägung variabel und lebendig.

Einführungsvortrag von Prof. Dr. Claudia Weber „Widerstand: Begriff und Überlegungen zur Gewaltherrschaft“ (Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder))

Claudia Weber zeichnete zunächst eine terminologische Annäherung an den Begriff des Widerstands nach und grenzte drei Ansätze ab. Widerstand könne demnach – erstens, in Bezug auf die Duden-Definition – verstanden werden als Sich-Widersetzen und Sich-Entgegenstellen im Gegensatz zum Sich-Entziehen. Zweitens könne insbesondere politischer Widerstand, – in Rekurs auf Christopher Daase – als inhärent relational begriffen werden. Demnach bildet sich Widerstand dann heraus, wenn eine Diskrepanz zwischen den Herrschenden und einem nicht eingehaltenen Ordnungsversprechen wahrgenommen wird. In einer dritten Lesart kann Widerstand als soziales

Handeln definiert werden, welches sich gegen eine als illegitim wahrgenommene Machtausübung richtet. Widerstandshandlungen sind dann Manifestation und Aufrechterhaltung der persönlichen Würde und treten als Akte der Wiederherstellung einer von den Herrschenden pervertierten Ordnung auf.

Im zweiten Teil ihres Vortrags setzte sich Weber mit der Widerstands-Konzeption von Iris Därmann auseinander, wonach es selbst in Gewalträumen stets Handlungsmöglichkeiten gäbe, selbst wenn sich diese klandestin oder unter der Maske des Gehorsams abspielen würden. Auch das Sich-Entziehen gelte als Form des Widerstands. Eine solche radikal erweiterte Auslegung des Widerstandsbegriffs neige jedoch – so Weber – zur Beliebigkeit und weiche den Bedeutungszusammenhang auf. Dieser Sichtweise stellt sie die Definition Heinrich Popitz von „Gewalt als Durchsetzungsform von Macht“ gegenüber. Demnach sei Gewalt eine Jedermanns-Ressource – eine anthropologische Konstellation – weil Menschen grundsätzlich immer verletzungsoffen und verletzungsmächtig sind. Wird Gewalt so konzeptualisiert, dann zeigt der Begriff des Widerstandes, dass es keine absolute Durchsetzung des totalitären Machtanspruches geben kann, da selbst absolute Herrscher stets verletzungsoffen bleiben.

Panel I: Protest, Widerstand NS-Zeit

Peter Steinbach (Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin) sprach in seinem Vortrag darüber, warum der Kreisauer Kreis für die Beschäftigung mit Widerstand wichtig ist. Für ihn ist Kreisau als Ort der Vergangenheit anzusehen, an dem über Geschichte und zivilisiertes Zusammenleben nachgedacht werden kann. Was alle Mitglieder der Gruppe vereint hat, war der Glaube, dass Menschen nur zusammenleben können, wenn sie bereits sind, sich mit den Denkweisen des anderen auseinanderzusetzen, seien die Ansichten auch noch so kontrovers. Durch Kompromisse und Anerkennung anderer Vorstellungen sollte eine Denkvorstellung entwickelt werden, die nicht nur Reformen hervorbringen, sondern den Nationalsozialismus absolut ablösen würde. Rechtliche Ordnung würde nur zum Schutz der Schwachen dienen und nicht zur Unterdrückung. Steinbach appelliert an unsere heutige Haltung zu Unrecht, es sei wichtig sich zu empören und zu handeln.

Raphael Utz (Imre Kertész Kolleg Jena) widmete seinen Vortrag dem Aufstand in Sobibór im Jahr 1943 und der filmischen Umsetzung des Themas im russischen Spielfilm „Sobibór“ (2018). Das Vernichtungslager Sobibór hatte im Rahmen der „Aktion Reinhardt“ dem Zweck, so viele jüdische Männer, Frauen und Kinder wie möglich zu ermorden, während seines Bestehens (1942-1943) kamen insgesamt etwa 180.000 Menschen zu Tode. In die Tötungsmaschinerie waren Arbeitskommandos aus zivilen jüdischen Zwangsarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen einbezogen. Am 14.10.1943 kam es schließlich zum Aufstand, angeführt vom Kopf eines bestehenden Widerstandsnetzwerks mit Ortskenntnis (Leon Felhender) und einem Rotarmisten mit militärischem Verständnis (Alexander Petscherski). Von rund 500 Geflohenen überlebten nur 50 das Kriegsende. Die wieder eingefangenen und zurückgebliebenen Gefangenen wurden getötet und das Lager dem Erdboden gleichgemacht. Heute ist Sobibór Teil der Gedenkstätte Majdanek. 2018 erscheint der russische Spielfilm „Sobibór“ (Regie Konstantin Chabenski), der jedoch nicht versucht das authentische Sobibór zu rekonstruieren, sondern mit bekannter Holocaust-Ikonografie spielt. Der Fokus liegt auf den russisch sprechenden Protagonisten/Aufständischen und mit Gewaltszenen

gespickten Nebenschauplätzen (Tötung der SS-Männer), die Vernichtung von 180.000 Menschen wird dagegen nur am Rande erzählt. Dadurch bleiben beim Zuschauer andere Bilder haften. Stalin als leitende Kraft und antisemitische Assoziationen sind weitere Vehikel einer offiziellen russischen Geschichtspolitik. Statt einer Auseinandersetzung mit dem Vernichtungslager Sobibór wird durch einen historischen Action-Blockbuster ein Heroismus angepriesen, der vor allem auf die Gegenwart ausgerichtet ist. Hier reiht sich auch die Auslassung der sowjetischen Kriegsgefangenen ein, die nicht ins heroische Bild passen. Der Offizier Petscherski ist später auch Opfer des Stalinismus gewesen und wird von der russischen Seite vom Gedenken ausgeschlossen.

Andrea Genest (Gedenkstätte Ravensbrück) erinnerte in ihrem Vortrag an den „Schmuggelfund aus dem KZ Ravensbrück“ als Form des Widerstands. Das KZ Ravensbrück (1939-45) war ein Frauenkonzentrationslager, in dem bei ca. 120.000 Frauen, davon etwa ein Drittel Polinnen, inhaftiert waren. In Ravensbrück wird vor allem an die Widerständischen (insbesondere Polinnen) erinnert, an die Frauen, die nach dem Warschauer Aufstand deportiert wurden und an die Opfer pseudomedizinischer Experimente. Anderer Opfergruppen wie sogenannte „Asoziale“ oder Prostituierte wird nicht gedacht. Das Häftlingsnarrativ wird immer enger, weil die Zeitzeuginnen nicht über das erlebte Grauen sprechen wollen, sondern über ihren Überlebenswillen, deshalb ist es einfacher sich in das vorherrschende Narrativ einzufügen. 1976 wurde durch die DDR-Staatsicherheit der sogenannte „Schmuggelfund“ ausgegraben, darin befanden sich 37 Gedichte, 14 Briefe, Erschießungslisten, ein Überblick über die medizinischen Experimente, Zeichnungen und Schnitzerei, die Einblick in den Lageralltag geben. Das MfS wertete den Fund aus und überlegte, die Inhalte an Polen zu übergeben. Dies ist jedoch nie erfolgt, erst später gab es Publikationen in Polen und durch die Referentin.

Panel II: Protest, Widerstand Nachkriegszeit, Kommunismus

Rainer Klemke (berlinHistory.app) stellte den Liveticker der App zum 17. Juni 1953 vor. Ab dem 7. Juni kann man täglich die Entwicklung der Ereignisse bis hin zum 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR und dessen Folgen nachlesen. Er verwies in seinem Vortrag auf die Ursachen des Aufstands, welche von den Enteignungen ab 1945 über die restriktive Politik der SED zur Umsetzung eines sozialistischen Staats und eine gesteigerte Fluchtbewegung von Bauern und anderen bis hin zu Lebensmittelknappheit, Preissteigerungen und eine Erhöhung der Arbeitsnormen führten.

Gábor Danyi (European Network Remembrance and Solidarity, Warschau) referierte über die Erinnerung an die Ungarische Revolution 1956. Nach der Euphorie ab dem 23.10. folgte am 4.11 die blutige Niederschlagung durch die sowjetische Armee. In der Nachfolgezeit gab es keine öffentliche Erinnerung an den Aufstand, jedes Gedenken wurde unterdrückt und in den privaten Raum verdrängt. Stattdessen herrschte das Narrativ der Konterrevolution vor. Nach dem Kollaps der Sowjetunion und der Unabhängigkeit Ungarns wurde der 23. Oktober zum Feiertag ernannt. Bis 2006 herrschte eine plurale Erinnerung vor, die sich an den Zeitzeugen orientierte. Mit dem Aussterben der Zeitzeugen veränderten sich auch die Erinnerungsnarrative und das kommunikative Gedächtnis verschob sich ins kulturelle Gedächtnis. Seit 2006 wird der Aufstand von 1956 als politische Waffe

benutzt. Und seit 2010 nimmt die Erinnerungskultur eine neue Richtung ein: nun herrscht die nationalistische Idee vor und es erfolgt eine Gleichstellung der Totalitarismen (z.B. „Haus des Terrors“). Im Fokus liegen nun Opferschaft und Märtyrertum. Private Forschungseinrichtungen werden verstaatlicht und die Erinnerungskultur somit von der Erinnerungspolitik vereinnahmt.

Petr Blazek (Ústavu pro studium totalitních režimů, Prag) sprach in seinem Vortrag über die Auswirkungen des Prager Frühlings 1968 und die Krise des kommunistischen Regimes in den 1980er Jahren. Er hat ein Problem mit der Bezeichnung „Prager Frühling“, da die Reformversuche unter Alexander Dubček überregional unterstützt wurden und bis zur Invasion der Truppen des Warschauer Pakts am 21. August 1968 anhielten. Eine wichtige Rolle spielten personelle Veränderungen innerhalb der kommunistischen Partei in der CSSR, welche vor allem von Intellektuellen dominiert wurde, die die Bevölkerung mobilisieren konnten. Im Gegensatz zu den 1980er Jahren hatten 1968 viele noch persönliche Erinnerungen an die 1. Republik und die Reformen waren auf das Land beschränkt. Nach der Niederschlagung der Reformbewegung kam es zu einer Massensäuberung der kommunistischen Partei und einem millionenfachen Mitgliederaustritt. Die Zivilgesellschaft zog sich zunächst in den kirchlichen Raum zurück, bevor sie mittels gezielter Kampagnen aus der Sowjetunion in die Massenorganisationen gelenkt wurde. Insgesamt versuchte die Sowjetunion neue Vereins- und Oppositionsgründungen zu verhindern.

Panel III: Protest, Widerstand Westeuropa

Christiane Weber (Arolsen Archives, Deutschland) gab in ihrem Vortrag einen kurzen Einblick in die Arbeit des Archives des International tracing system (ITS), welches nach dem Zweiten Weltkrieg in Bad Arolsen (Hessen) von den Alliierten gegründet wurde, um alle Dokumente aus den Konzentrationslagern und zur Zwangsarbeit zentral zu erfassen. Bis heute wurden etwa 30 Mio Originaldokumente von 17,5 Mio Personen archiviert. Seit Juni 2019 sind ein Großteil der Dokumente online verfügbar und eine kostenlose Anfrage bei Archiv ist jederzeit möglich. Die Dokumente sind den jeweiligen Personen zugeordnet, themenspezifische Suchen gestalten sich schwieriger. Dennoch gibt es auch sogenannte Special collections, beispielsweise zum Thema Widerstand in den KZs und Ghettos. Die Sammlung besteht aus Gestapo-Dokumenten, aus denen auch die Verfolgungsmaßnahmen hervorgehen.

Ihre Kollegin **Hanna Lehun** stellte die Sammlung ukrainischer Dokumente im Arolsen Archiv vor. Diese Dokumente behandeln vor allem das Thema Zwangsarbeit und stammen aus den NS-Verwaltungen, aus der Sowjetunion und von der ukrainischen Nationalbewegung. Doch auch Nachkriegsdokumente in Form von Zeitzeugenberichten sind Teil dieser Sammlung. Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine seit Februar letzten Jahres sind viele Archive durch die russische Armee gezielt zerstört worden und zahlreiche Dokumente verloren gegangen. Lokale Dokumente werden auch für die Verfolgung einzelner Personen verwendet. Für die ukrainischen Archive hat die Digitalisierung höchste Priorität, um die Dokumente und ihre Inhalte vor der Vernichtung zu bewahren.

Almudena Cruz Yabar (Universidad Complutense de Madrid) war Online zugeschaltet und stellte die einzelnen Widerstands-Phasen gegen Francos Regime (1936 – 1977) vor. Im Bürgerkrieg und in der direkten Nachkriegszeit ermordete das Regime unter Franco hunderttausende politische Gefangene und verscharrte sie in anonymen Massengräbern. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs gab es verschiedene Widerstandsbewegungen: eine demokratische Allianz, Exilanten in Mexiko, Kommunistische Partei in Spanien. Aber alle Bewegungen waren ohne Erfolg. 1947 erklärte Franco Spanien zur Monarchie und sich selbst zum Regenten auf Lebenszeit. In der Nachkriegszeit wurden fast alle diplomatischen Beziehungen zum faschistischen Spanien abgebrochen, bevor der Kalte Krieg Spaniens Isolation im Westen nahezu aufhob. Doch zuvor kam es Anfang der 1950er Jahren zu verstärkten Protesten in der spanischen Gesellschaft, die u.a. von steigenden Lebenshaltungskosten hervorgerufen wurden. 1956 protestierten Studenten an der Universität von Madrid, die von Söhnen von hohen Funktionären angeführt wurden. Als neuer Akteur unterstützte die katholische Kirche Francos Regime und führte eine wirtschaftspolitische Liberalisierung herbei. Spanien blieb eine autoritäre Diktatur, aber ließ die Bevölkerung weitestgehend in Ruhe, ein zunehmender Wohlstand etablierte sich. Mit der Gründung der ETA und steigender Aktionen in den 1960er Jahren, nahmen die Repressionen wieder zu. Jede Oppositionsbewegung wurde sofort bekämpft, um Francos alleinigen Machtanspruch zu gewährleisten. Erst nach Francos Tod 1975 begann ein Reformprozess und Spanien wurde in wenigen Jahren in eine parlamentarische Monarchie umgewandelt.

Aida Rechena (Director of the National Museum of Resistance and Freedom – Fortress of Peniche, Portugal) gab einen Einblick in die Arbeit des neuen Nationalmuseums in Peniche, welches sich mit dem Thema ziviler Ungehorsam, Protest und Widerstand im 20. Jahrhundert in Portugal auseinandersetzt. Die Festung war zwischen 1934-1974 ein Gefängnis für politische Häftlinge und wurde nach der demokratischen Revolution gegen den Diktator Oliveira Salazar (Diktatur 1926-1974) geschlossen. Die Diktatur war von Zensur, Repression und der politischen Polizei (PIDE) geprägt. Im Unterschied zu Spanien gab es in Portugal keine Todesstrafe, so dass es auch keine Massengräber gibt. Der 1961 beginnende Kolonialkrieg war der Beginn vom Ende des Regimes. Aus dem Unabhängigkeitskrieg in den Kolonien entwickelte sich die portugiesische Revolution, die am 25. April 1974 das diktatorische Regime absetzte. Alle politischen Gefangenen wurden freigelassen und ihre Erinnerungen und Dokumente werden vom Museum gesammelt. Es gab Widerstand in allen Gesellschaftsschichten (studentischer Widerstand, Widerstand Intellektueller und Künstler, Frauenwiderstand, Unabhängigkeitskrieg in den Kolonien). Die große Mehrheit des Widerstands stellten jedoch die Kommunisten. Das Museum soll zum 50. Jahrestag der Revolution 2024 eröffnen.

Panel IV: Bildungsarbeit und Forschung (Ausstellungen und Dokumentation, Archive)

Alexandra Skorvid (Memorial.cz, gulag.cz, Prag) stellte ihre Arbeit für memorial.cz und gulag.cz vor. Memorial wurde 1998 als NGO in Russland gegründet, um das sowjetische Lagersystem während der Sowjetunion zu erforschen. Ende 2021 wurde die russische Organisation per Gerichtsbeschluss aufgelöst, ein Jahr später erhielt sie den Friedensnobelpreis. Auf der Website www.memsearch.org können Digitalisate von Memorial in einer Online-Datenbank eingesehen werden. Seit 2016 gibt es auch in Tschechien ein Ableger von Memorial. Gulag.cz wurde 2009 gegründet und untersucht (ähnlich wie Memorial) das Phänomen der sowjetischen Gulags mit Fokus auf einen Bezug zur

europäischen Geschichte (z.B. Projekt: European Memory of the Gulag – interaktives Lehrbuch für Schulen in Polen, Tschechien, Slowenien, Deutschland, Veröffentlichung 2023). Weitere Projekte sind die Dokumentarserie „The Czechs and the Great Terror“ und die Ausstellung „Sandarmokh – where the trees have faces“. Auf www.gulag.online zeigt ein virtuelles Museum ein standardisiertes 3D-Gulag-Modell, welches auf Forschungen in den ehemaligen Lagern basiert. Zukünftig soll die Archivarbeit verstärkt und eine Kooperation mit ukrainischen Archiven etabliert werden.

Peter Éric de Chassey (Nationales Institut für Kunstgeschichte, Paris) präsentierte die 2018 eröffnete Ausstellung „Images en lutte“ (dt: Kampf der Bilder) an der École des Beaux-Arts in Paris über die visuelle Kultur der extremen Linken in Frankreich 1968-1974. In der Ausstellung wurde zentral die Beziehung zwischen Bildender Kunst und Politik diskutiert, vor dem Hintergrund Kunstwerke als Modelle für das Denken zu verstehen. Von der Kunsthochschule und dem Staat als Geldgeber, wurde eine Verknüpfung mit dem Jubiläumsjahr 1968 festgesetzt, da die Schule ein wichtiger Schauplatz der Unruhen von 1968 war. Die Ausstellung war räumlich auf Frankreich fokussiert und lebte von der Interaktion mit den Künstlern. Die Ausstellung konnte auch auf damals von der Polizei beschlagnahmte visuelle Materialien zurückgreifen. Peter Éric de Chassey definiert folgende Kriterien der Ausstellung: 1. Politische Geschichte des Visuellen, nicht visuelle Geschichte des Politischen; 2. Objekte und Bilder dienen nicht als Illustrationen, sondern sind selbst Akteure; 3. keine visuellen Materialien werden ausgeschlossen; 4. Kunst zeigt die politische Intention des Künstlers; 5. Themenblöcke orientieren sich an den damaligen Ereignissen; 6. Präsentation in der Form, die dem Objekt entspricht (z.B. Bücher liegen); 7. Keine Beschreibungstexte: visuelle Materialien sollen für sich sprechen und Raum für Interpretationen geben. Studenten der Kunsthochschule betreuten eine in die Ausstellung integrierte Bibliothek und führten durch die Ausstellung. Insgesamt gab es gute Kritiken zur Ausstellung, sie war Vorbild für weitere Ausstellungen und Publikationen. Aus der Kunsthochschule selbst gab es kaum Resonanz. Eine geplante Präsentation der Ausstellung in China scheiterte an der Zensur. In der Diskussion lag der Fokus auf der „agency of images“ (Als Akteure auf die Betrachter einzuwirken).

Weronika Wiese (Dokumentations- und Ausstellungszentrum der Deutschen in Polen + Forschungsstelle für die Deutschen in Polen, Oppeln) gab einen Einblick in den Umgang mit der deutschen Minderheit in Polen nach 1945. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die deutsche Kultur in der Volksrepublik Polen unterdrückt. Offiziell waren alle Deutsche nach 1945 ausgesiedelt worden, tatsächlich verblieben jedoch viele in Polen. Nach 1989 und dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in Polen gründeten die deutsche Minderheit Institutionen, um ihre Kultur wieder öffentlich zu pflegen. 2015 nahm die Forschungsstelle für die Deutschen in Polen ihre Arbeit auf, 2022 eröffnete schließlich das Dokumentationszentrum mit seiner etwa 740qm großen Ausstellungsfläche. Der Aufbau des Zentrums wurde von Deutschland und Polen finanziert und von einem polnisch-deutschen Historikerteam betreut. Oppeln wurde als Standort ausgewählt, weil hier die meisten Deutschen wohnen. Das Zentrum will sich jedoch nicht nur an die deutsche Minderheit richten, sondern auch an die Mehrheitsgesellschaft, um so in einen interkulturellen Dialog zu treten. Im Fokus der Ausstellung stehen die Geschichte und Aktivität der Deutschen in Polen von Mittelalter bis heute, aber es gibt auch Wechsellausstellungen zu anderen Themen und Minderheiten. Das

offene Archiv kann nach Anmeldung genutzt werden. Partnerorganisationen sind u.a. das Haus Schlesien in Königswinter und das Oberschlesische Museum in Ratlingen.

Panel V: Kunst, Online-Kampagne, Digitale Projekte

Magdalena Musilova (Education for Equality and Ecology – EDEQEC, Slowakei) stellte ihr slowakische NGO vor, die zurzeit aus fünf Mitgliedern besteht. Mit ihrem Projekt „Remembrance of women and members of various minorities who participated in the slovak national uprising“ wollen sie die Teilnehmer am slowakischen Aufstand (29.8.1944) diversifizieren, da es – entgegen der gängigen Rezeption des Aufstands – auch mutige und heroische Frauen und andere aktive Minderheiten gab. Ein weiteres Ziel des Projekts ist es auf die starke Abholzung in den slowakischen Wäldern hinzuweisen. Das spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle, weil die damaligen Kämpfer sich in den Wäldern versteckten. In ihrem Projekt arbeiten sie mit zwei Historikern und einem Waldexperten zusammen und bieten geführte Touren durch die Wälder. Mit einer Kampagne soll die Öffentlichkeit über das Projekt und die historischen Ereignisse informiert werden. Das Projekt wurde mit einer Konferenz abgeschlossen.

Maria Molenda und Maciej Walasek (Fundacja Nomina Rosae, Polen) präsentierten ihr Web-Projekt „War-time Nowy Sącz“, welches mittels einer digitalen Karte, Fotos, Zeitzeugenberichten und weiteren Dokumenten die Geschichte der Bevölkerung von Nowy Sącz unter der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkriegs darstellt. Hintergrundtexte und didaktisches Material ergänzen die Präsentation der historischen Dokumente. In Kurzfilmen werden die Inhalte künstlerisch umgesetzt. Über die digitale Karte werden alle Inhalte miteinander verknüpft, so dass eine Benutzung vor Ort anhand des Standortes unterstützt wird. Unter www.wojennysacz.pl ist die Karte abrufbar. Im Rahmen das Projekt als Teil des Prozesses zur Geschichte der Stadt zu etablieren, wurde auch die Beschäftigung mit dem Schicksal der jüdischen Bevölkerung stärker in den Fokus gerückt.

Andrzej Jerie (Ośrodek „Pamięć i przyszłość“, Polen) stellte den Dokumentarfilm „Bitwa Wroclawska“ (Schlacht von Breslau) vor, der 2016 erschienen ist. Thema des Films ist die Straßenschlacht in Breslau im Rahmen der größten Straßenkundgebung in Polen am 31.8.1982 mit 70.000-100.000 Teilnehmern, bei einer Einwohnerzahl von 700.000. Offiziell gab es nur ein Todesopfer (Schussverletzung), aber ein ikonisches Foto zeigt, wie eine Person von einem Militärfahrzeug überfahren wird. Recherchen in Archiven ergaben weitere Todesopfer. Der Protagonist des Films nahm selbst als 14-jähriger an der Demonstration teil und schrieb darüber ein Tagebuch, welches durch Animationen in den Film integriert wurde. Im Film werden Zeitzeugen mit Ereignissen/ Personen konfrontiert statt einer klassischen Berichterstattung von Zeitzeugen bzw. Historikern. Keiner der damaligen Täter wollte sich vor der Kamera äußern. Der Film zeigt nur ein kleines Ereignis im Rahmen der Geschichte Polens unter dem Kriegsrecht, aber wurde in der Öffentlichkeit gut angenommen. Der Titel verbreitete sich sogar in der Geschichtsschreibung und steht nun

stellvertretend für die Ereignisse des Tages. Eine öffentliche Erinnerungskultur zu den Ereignissen in Form eines Denkmals gibt es jedoch nicht. Der Film lief in Kinos und auf Festivals, zurzeit ist er nur als DVD erhältlich.

Diskussion anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Gedenkstättenseminars und Ausblick

Die Podiumsteilnehmer – **Annemarie Franke, Andrea Genest, Magdalena Saryusz-Wolska** und **Adam Kerpel-Fronius**– unter der Moderation von **Robert Żurek** reflektierten über die vergangenen zwanzig Jahre des Gedenkstättenseminars und äußerten Ideen über die Möglichkeiten der zukünftigen Weiterentwicklung des Formats. Alle waren sich darüber einig, dass Kreisau als historischem Ort und Begegnungsstätte eine besondere Atmosphäre innewohnt und das Gedenkstättenseminar von Anfang an einen geschützten Raum zum Dialog und den Abbau interkultureller Barrieren bot. Besonders herausgehoben bei der Initiierung des Seminars wurde die Rolle Ludwig Mehlhorns, dessen Ausstellung „In Wahrheit leben“ bis heute im Kreisauer Schloss zu besichtigen ist. Kreisau sollte dabei von Beginn an ein Ort sein, an dem die Praktiker der entstehenden Gedenkstättenlandschaft zusammenkommen und den Dialog zwischen West- und Ostdeutschland sowie zwischen West- und Osteuropa befördern können. Es sollte damit auf die wahrgenommene Entwicklung reagiert werden, dass dieselben akademischen Persönlichkeit über Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit diskutierten ohne die in der Praxis Tätigen in vollem Umfang einzubeziehen. In Kreisau sollten daher die Praktiker selbst zu Wort kommen, sich austauschen und vernetzen. Bald wurde deutlich, dass die westeuropäische Perspektive stärker einbezogen werden sollte. Zugleich zeigte sich, dass ein Austausch in der thematischen Breite nicht immer einfach ist.

Sowohl die Podiumsteilnehmer als auch die Gäste im Publikum regten diverse Impulse zur zukünftigen Aufstellung des Seminars und möglichen inhaltlichen Diskussionen an:

- Wünschenswert wäre eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Herausforderungen und Konsequenzen der Digitalisierung und Multimedialität in der Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit. Es sollte eingehender über die Folgen der digitalen Wende nachgedacht werden. Die zahlreichen digitalen Projekte, die im Zuge des Seminars vorgestellt wurden, bezeugen diese Notwendigkeit.
- Es sollte darüber nachgedacht werden, wie die Lebendigkeit der Geschichtsvermittlung revitalisiert werden kann, insbesondere angesichts des Endes der Zeitzugenschaft. Auch sollte nicht aus dem Blick verloren werden, dass sich nationale Erinnerungsnarrative unterscheiden und ein einheitliches Gedenken nicht möglich ist.
- Relevant wäre außerdem eine intensivere Beschäftigung mit den stattfindenden politischen Umwälzungen so beispielsweise eine Auseinandersetzung mit den Zäsuren des Jahres 2014 (Beginn des Krieges gegen die Ukraine, EU-Erweiterungsrunde). Auch sollte mehr über die Themenkomplexe Flucht und Migration nachgedacht werden.
- Der Charakter der Begegnungen – persönlicher Austausch zwischen Praktikern der Gedenkstättenarbeit, Bildungsvermittlern und Wissenschaftlern im geschützten Raum – sollte unbedingt erhalten werden.
- Geschichte erweckt angesichts der gegenwärtigen umwälzenden Ereignisse ein großes öffentliches und mediales Interesse. Es sollte reflektiert werden, ob Historiker die Entwicklungen auch tatsächlich richtig eingeschätzt haben.

- In Anlehnung an das Konzept der „slow science“ sollte über die Möglichkeit einer „slow memory“ nachgedacht werden. Im Zuge dessen könnte das Seminar davon profitieren, wenn insgesamt eine kleinere Anzahl an Projekten vorgestellt wird, diese jedoch vertiefter und intensiver im Plenum besprochen werden. Damit könne wieder an die Gründungsidee – eines tiefgehenden Austauschs zwischen Praktikern der Erinnerungsarbeit – angeknüpft werden.
- In den Blick genommen werden sollten nicht nur die Diktaturen, sondern auch die Krisen der Demokratie. Zugleich sollte aber auch das Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Zivilcourage und Anpassung sowie Würde und Unwürde ausgelotet werden. Gerade in Gedenkstätten findet eine permanente Auseinandersetzung mit diesen Themenkomplexen sowie mit der Frage nach dem „warum“ statt. Die Geschichte von Kreisau verweist auf die Notwendigkeit eine Haltung zu entwickeln und auf die Gefährdungen der demokratischen Rechtsordnungen zu reagieren.
- Wie kann der Dichotomisierung in Täter und Opfer sowie der narrativen Teilung in Helden und Täter angemessen begegnet werden? Wie kann Realität in ihrer Vielschichtigkeit und Komplexität besser reflektiert werden?

Panel VI Revolution und Transformation: Die Erinnerung an das Gelingen (und Mislingen?) von staatlichen Umbrüchen

Irmgard Zündorf (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam) stellte die Machbarkeitsstudie für das „Forum Opposition und Widerstand 1945–1990“ vor, welches die Möglichkeiten und Optionen zur Errichtung eines zentralen Ortes für die bildungspolitische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex „Opposition und Widerstand“ prüfen sollte. Im Zentrum des Forums sollen vorrangig drei Aufgaben stehen: 1) Umfassend informieren und aufklären über die verschiedenen und vielfältigen Formen des Widerstands und der Opposition in der SBZ/DDR; 2) eine würdigende Auseinandersetzung anregen mit den Zielen und Orientierungen sowie der damit einhergehenden Risiken der oppositionellen und widerständigen Akteure; 3) für die Herausforderungen der Gegenwart sensibilisieren.

Die vier Säulen des Konzepts für das Forum beinhalten:

- **Ausstellungsbereich:**
 - Dauerausstellung mit einem thematischen, nicht chronologischen Zugang zum Thema Opposition und Widerstand; Wechsel- und Wanderausstellungen; Foyer-Präsentation
 - Medienguide: mehrsprachig und auf verschiedene Zielgruppen abgestimmt, bietet einen individuellen Zugang wie z.B. kurze Überblicksführung in Leichter Sprache, Entdeckungstour für Kinder, zweistündige Führung
 - Thematische Grundstruktur soll u.a. beinhalten: Volksaufstand 17. Juni 1953, Friedliche Revolution 1989, Beispiele für oppositionelles und widerständisches Verhalten aus den Regionen etc.
- **Dialogwerkstatt:**
 - Soll als Ort der Begegnungen und des Gesprächs dienen, aus dem sich ein breites Spektrum von Bildungsangeboten entwickeln kann z.B. Führungen, Workshops, Veranstaltungen etc.
 - Angebote sollen sich sowohl an Experten als auch an Gelegenheitsbesucher und Multiplikatoren aus dem In- und Ausland richten
- **Wissensspeicher:**

- Hauptsächlich bestehend aus dem Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., welches durch den Erwerb weiterer Archivmaterialien kontinuierlich erweitert werden soll
- Erweitert durch Medienstationen, Spezialbibliothek, Archiv-Datenbank sowie zusätzliche digitale Angebote
- ein Forschungskolleg:
 - Forschung zur Opposition und Widerstand in Deutschland und darüber hinaus mit hausinternen und externen Wissenschaftlern
 - Fellowship-Programm

Die Machbarkeitsstudie wurde im Kulturausschuss des Bundestages vorgestellt und positiv aufgenommen. Die bisherige Idee ist, das Forum auf dem Gelände der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ aufzubauen.

Nataliia Ivchyk stellte die vielfältige Arbeit der in Riwnie ansässigen NGO Center for Studies of Memory Policy and Public History (Mnemonics Ukraine) sowie insbesondere das Projekt Memory Paths vor. Die Organisation ist eine freiwillige und unabhängige Vereinigung, deren Ziel zum einen darin besteht wissenschaftliche Studien zur Gedächtnispolitik und Public History durchzuführen und zum anderen inklusive Modelle im Bereich der Gedächtnispolitik in der Ukraine zu entwickeln und zu befördern. Gegründet wurde die NGO 2016 auf Initiative lokaler Historiker.

Die Aktivitäten des Zentrums beinhalten die Errichtung von Erinnerungszeichen, sowie die Entwicklung moderner didaktischer Materialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit zum Themenkomplex der multikulturellen Geschichte der Ukraine. Darüber hinaus werden zum einen informelle Veranstaltungsformate – Sommerschulen, Workshops, Trainings, Exkursionen und Seminare – umgesetzt. Zum anderen werden wissenschaftliche Formate – Konferenzen, Round Tables, Publikationen, Übersetzungen – organisiert. Nicht zuletzt setzt sich die Organisation für inklusive Erinnerungspraktiken in urbanen Räumen ein. Bei ihren Aktivitäten arbeitet das Zentrum mit Bildungsvermittlern, Multiplikatoren, Schülern und Medienvertretern zusammen.

Neben zahlreichen anderen erfolgreich umgesetzten Projekten der letzten Jahre, wurde insbesondere das Projekt „Memory Paths“ vorgestellt. Dieses setzt sich aus fünf inhaltlichen Bestandteilen zusammen:

- Vortragsreihe:
 - Durchgeführt im Frühjahr und Sommer 2021 über die Ereignisse und die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg in Wolhynien aus Perspektive verschiedener Opfergruppen, darunter Kriegsgefangene, Roma, Wolhynien-Tschechen, Ostarbeiter.
- Podcast-Reihe:
 - Umgesetzt mit führenden ukrainischen Experten zum Thema „Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Wolhynien“
- Interaktive Karte:
 - Wird kontinuierlich ergänzt und erweitert und stellt den symbolischen Raum von Riwnie vor. Auf der Karte dargestellt werden Erinnerungszeichen, welche der Opfer des Zweiten Weltkrieges in der Stadt gedenken.
- Graphic Novel:

- Das historische Graphic Novel „Ornitophobia“ thematisiert die traumatischen Ereignisse des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust in Wolhynien. Die Publikation wurde vom Regisseur und Drehbuchautor Artem Vyshnevskiy und der Künstlerin Yuliia Antonova erarbeitet.
- Sommerschule:
 - Die Sommerschule konnte aufgrund des Russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine noch nicht verwirklicht werden. Geplant sind hier zwei Projektphasen: Zunächst sollen die Teilnehmer in die theoretischen Grundlagen der Erinnerungspolitik eingeführt und mit unterschiedlichen Formen des Gedenkens vertraut gemacht werden. Mit dem so erworbenen Wissen sollen die Teilnehmer an ihren jeweiligen Wohnorten Forschungsprojekte durchführen, wobei ihnen die Mitarbeiter von Mnemonics beratend zur Seite stehen werden.

Vytautas Jurkus und Vytautas Petrikenas stellten das Museum und die Gedenkstätte IX. Fort Kaunas und ihre dortige Arbeit vor. Die Einrichtungen nehmen insgesamt eine Fläche von 50 Hektar ein und verfügen über eine Dauerausstellung und Wechsellausstellungen. Die beiden Wissenschaftler gaben einen Einblick in die Geschichte des Ortes. Das IX. Fort wurde kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges auf Befehl des russischen Zaren errichtet und sollte – Kaunas gehörte zu diesem Zeitpunkt zum russischen Zarenreich – der Verteidigung der westlichen Grenzen dienen. In der Zwischenkriegszeit und der Unabhängigkeit Litauens befindet sich im Gebäudekomplex – Kaunas ist in dieser Zeit Hauptstadt – das IX. Fort Gefängnis. Mit Besetzung Litauens durch die UdSSR nutzte der NKWD das IX. Fort und verschleppte von hier aus viele politische Häftlinge nach Sibirien. Nach der Besetzung Litauens durch die deutsche Wehrmacht im Sommer 1941 nutzte die SS den Gebäudekomplex als Sammellager für Juden und als Erschießungsstätte. Zwischen Juni 1941 und Sommer 1944 wurden im IX. Fort über 50.000 Personen von SS-Angehörigen und Kollaborateuren ermordet. Bei den Opfern handelte es sich vor allem um Juden aus dem Ghetto Kaunas. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Fort für einige Jahre als Lebensmittellager genutzt. Ab 1958 wurde an diesem Ort eine erste Ausstellung eröffnet und seit 1960 Ausgrabungsarbeiten an den Exekutionsorten durchgeführt. 1984 fand die Realisierung eines Memorialen Komplexes statt. Es wurde eine 32 Meter hohe Statue des Bildhauers Alfonsas Ambraziūnas eingeweiht, die den Opfern des Faschismus gewidmet ist.

Noch bis Ende 2023 finden auf dem Gedenkstättenengelände Rekonstruktionsarbeiten statt. Außerdem wurde in den vergangenen Jahren ein Teil der Dauerausstellung neu konzipiert.

Abschlussdiskussion:

Den Abschluss des Seminars bildete eine Feedbackrunde, bei der die Teilnehmenden ihre Impressionen zur Durchführung der Tagung sowie Impulse und Anregungen für die kommenden Gedenkstättenentreffen im Plenum äußerten:

- Einhellig gelobt wurde die besondere Atmosphäre und Ausstrahlung des Ortes, die Internationalität des Seminars, die Themenvielfalt und die tolle Möglichkeit des Austausches und der Vernetzung.
- Die technische Umsetzung des Seminars wurde kritisiert. Es wurde um die Verwendung eines funktionierenden Beamers gebeten, um eine Verbesserung der Sicht- und Ton-Verhältnisse. Durch die Helligkeit im Seminarraum waren die Präsentationen nicht zu erkennen. Ebenfalls

sollte die Einbindung von Cloud- oder Dashboard-Diensten zukünftig mit einbezogen werden. Verbesserungsmöglichkeiten wurden auch bei der hybriden Teilnahme gesehen. Auf diese Weise könnte die Tagung partizipativer und inklusiver gestaltet werden.

- Außerdem wurde der Wunsch nach mehr Diskussionsraum und einem tiefergehenden inhaltlichen Austausch geäußert. Auch wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Zusammenstellung des Tagungsprogramms besser thematisch gebündelt worden wäre. So entstand der Eindruck einer thematisch losen Sammlung von Vorträgen.
- Wünschenswert wäre außerdem gewesen, dass die konstruierte Sicht Russlands auf die Ukraine im Seminarverlauf wesentlich stärker aufgegriffen und thematisiert worden wäre. Insbesondere angesichts der Tatsache, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine über allen Diskussionen, Tätigkeiten und Projektvorstellungen des Treffens schwebte.
- Themenvorschläge für die nächsten Gedenkstätten Seminare beinhalteten Fragen:
 - Wie schauen wir auf die Geschichte, die seit 2014 und insbesondere seit dem 24. Februar 2022 gelebte Realität geworden ist? Ein ganz besonderer Dank galt an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen aus der Ukraine, die die Diskussionen immer wieder aus der Geschichte in die Gegenwart geführt haben.
 - Wie reagiert die Gedenkstättenarbeit auf diese neuen Realitäten und wie gehen Gedenkstätten damit um? Was und wie können in der Erinnerungsarbeit Tätige tun, um auf diese Veränderungen angemessen zu reagieren?
 - Wie können die Erinnerungsbilder, wie sie während des Gedenkstättenseminars diskutiert wurden, besser in die Mehrheitsgesellschaft getragen und wie kann Desinformation besser begegnet werden?
 - Wie können jüngere Generationen besser in die Diskussionen, die das Gedenkstättenseminar beschäftigen eingebunden werden, so dass auch ein konstruktiver intergenerationeller Austausch entsteht?